

Der erste Blick: Verantwortung tragen – für unsere Gesellschaft

... erst die Gesellschaft

Die AG SPD 60 plus hat am 14. April 2025 allen Mitgliedern empfohlen, dem Koalitionsvertrag mit CDU/CSU zuzustimmen. Anders, als dies vermuten lässt, verbinden wir damit die Erwartung gravierender struktureller, inhaltlicher und personeller Änderungen, um den Niedergang der SPD noch abzuwenden. Wir erwarten, dass Verantwortliche Verantwortung übernehmen.

Pro Koalitionsvertrag:

Der Koalitionsvertrag bietet viele Chancen für Deutschland, für alle, die hier leben: beispielsweise die Sicherung der Arbeitsplätze durch Förderung der Wirtschaft, Verbesserungen im Wohnungsbau, Ausbau und Sanierung von Schulen und Kitas, Investitionen in unsere Infrastruktur, Landes- und Bündnisverteidigung und nicht zuletzt die Grundlage für unsere sozialen Sicherungssysteme. Sieben Ministerien, die sozialdemokratisch geführt werden, sind auch ein sehr gutes Verhandlungsergebnis.

Contra Koalitionsvertrag:

Gleichwohl ist der Vertrag ein Kompromiss und wir finden in ihm schwierige, menschlich grenzwertigen Regelungen im Umgang mit Migranten, die einseitige Parteinahme für die Regierung Netanjahu, ohne das Leid der Palästinenser zu sehen, es fehlen die dringend notwendigen Systemumstellungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung, der Kranken- und Pflegeversicherung. Es fehlt durchgreifende Armutsbekämpfung. Es fehlt eine zukunftsweisende Steuerpolitik, um das ungerechte Auseinanderstreben der Einkommen und Vermögen einzudämmen. Zu viele Aufgaben sollen später in Kommissionen gelöst werden.

Folgen einer Ablehnung:

Würde der Koalitionsvertrag abgelehnt, wäre die Koalition CDU/CSU/SPD abgelehnt und Neuwahlen oder eine Minderheitsregierung die Konsequenz. Beide Möglichkeiten sind in der gegenwärtig brüchigen weltpolitischen Lage und mit Blick darauf, was in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg aus einem total zerstörten Land materiell und kulturell geschaffen wurde, nicht zu verantworten.

Mit der Zustimmung der AG SPD 60 plus zum Koalitionsvertrag möchten wir die Fortsetzung dieses Aufbaupfades unterstützen. Natürlich müssen noch immer existierende Schwächen und soziale Ungerechtigkeiten beseitigt werden – was bei einem Bruttoinlandsprodukt von über 4.000 Milliarden Euro und einer sanierungsfähigen Bildungslandschaft auch gut gelingen kann.

Deshalb hoffen wir auf eine erfolgreiche Regierungsarbeit in den kommenden Jahren und die Zusammenführung aller einzelnen Punkte aus dem Koalitionsvertrag zu einer klaren

Linie in Richtung soziale Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit in Europa, wirtschaftliche Stabilität und dem Schutz von Umwelt und Natur.

Der zweite Blick: Verantwortung tragen – in und für die SPD

... dann die Partei

Unser zweiter Blick richtet sich auf die SPD, ihre historischen Leistungen, ihre charismatischen Vorsitzenden, ihre mutigen Weichenstellungen und ihre aktuelle Gefährdung. Die AG SPD 60 plus identifiziert schwere Mängel: inhaltlich, strukturell und personell. Inhaltlich durch realpolitische Verletzung unserer zentralen Inhalte, strukturell durch Arbeitsformen und Organisation, personell durch fehlende Übernahme von Verantwortung.

Unsere Betrachtung ist keine wissenschaftliche Analyse, sondern beruht auf Erfahrungswissen aus vielen Veranstaltungen, noch mehr Gesprächen und schriftlichen Dialogen.

Zusammenfassung unserer Sorge: Wenn alles so bleibt, sich nichts gravierend ändert, wird der Trend uns, die SPD, in die Bedeutungslosigkeit führen.

Vor den Wahlen

Trump beendet den Krieg in der Ukraine innerhalb eines Tages, Merz halbiert die AfD Ergebnisse und die SPD gewinnt die Bundestagswahlen im Februar 2025.

Nach den Wahlen

„Wir gewinnen gemeinsam und wir verlieren gemeinsam“ – so wünschen sich das Leute, die nicht gemeinsam entscheiden, sondern einsam entscheiden. Wer allein entscheidet, trägt auch allein die Verantwortung – nicht ganz. Auch jenes Umfeld, das den einsamen Entscheider mit einem Schutzwall umgibt, trägt Verantwortung.

Ein Parteitag ist leichter zu gewinnen als eine Wahl

Auf dem Bundesparteitag vom 11. Januar 2025 „bestätigte“ die SPD Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im Februar und es gab die klare Ansage „Wir werden gewinnen“. Eine Art kleiner Jubelparteitag und so die Regie: „Wir werden gewinnen“ – das soll Mut machen, Stärke zeigen, Selbstvertrauen erzeugen, motivieren – und doch bewirken solche synthetischen Motivationen oft das Gegenteil: wenn man nicht Größenwahnsinnig wirkt, wirkt man im besten Fall lächerlich. Aber das Schlimmste ist, dass so gezeigt wird, wie sich Hoffnung und Fehleinschätzung im Realitätsverlust wiederfinden. Solche Sprüche bergen auch die Gefahr in sich, die eigene Glaubwürdigkeit zu untergraben. Sie finden sich auf dem Niveau „Ich halbiere die AfD“ oder „Ich werden den Ukrainekrieg innerhalb eines Tages beenden“. Und solchen Leuten überlässt man nicht gern seine Zukunft.

In Zeiten, in denen das Vertrauen in die demokratietragenden Parteien im Sinkflug ist, darf es solche Sprüche nicht geben. (Und sonst auch nicht.)

Wie wir arbeiten – Entscheidungsstrukturen

Wir schauen uns im SPD-Präsidium um, wer wie lange schon im Präsidium arbeitet und wie sich die Wahlergebnisse entwickelt haben. Unser Präsidium entscheidet einsam, legt seine Entscheidungen dem mehr als 30-köpfigen Parteivorstand vor. Eine echte inhaltliche Debatte, eine kritische substantiierte Abwägung, findet nicht statt – oft herrscht Zeitdruck, weil schon zur Pressekonferenz eingeladen wurde (wenn die Presse nicht sowieso schon voreilig informiert wurde), im Regelfall sind ohnehin nur ein bis zwei Stunden geplant, die sich durch Verspätungen noch reduzieren. Oft sind die Einladungen und die Tagesordnung frei von jeglichem Inhalt, Texte oder Beschlussvorlagen kommen als Tischvorlagen, eine Vorbereitung ist kaum möglich.

Es folgen 10 bis 20 einzelne, solidarisch gemeinte Monologe, die die Vorschläge des Präsidiums loben. Im Zweifelsfall wird von jemand, der seine Stimme noch nicht gehört hat, ein zusätzlicher Spiegelstrich beantragt – und dann beschlossen; in fast 100 Prozent aller Abstimmungen mit fast 100-prozentiger Mehrheit. Bemerkenswert ist, wie oft jene, die selbst beliebig lange reden, andere ermahnen, sich kurz zu fassen.

Bemerkenswert ist auch ein politisches Verständnis, wenn zwar im Parteivorstand intern handzahn argumentiert wird, aber anschließend in nicht gerade der SPD zugeneigten Gazetten öffentlich Tacheles geredet wird – gegen die eigene Partei. Aber dafür müssen wir sogar Verständnis haben, denn leider zeigt die Erfahrung, dass die Wirkmächtigkeit intern gehaltener Kritik nahe Null ist und Aufmerksamkeit erst erlangt, wer den öffentlichen Kommunikationsraum nutzt.

Ein echtes Streitgespräch, ringen um die beste Lösung, ein Erkenntnisprozess, warum eine vorgeschlagene Maßnahme nötig und verständlich ist, finden nicht oft statt. Die Erinnerung an eine Partei ausgeprägter Streitkultur, aber 30 bis über 40 Prozent Zustimmung bei Wahlen, ist verloren gegangen.

Auf der Suche nach guten Lösungen sollten wir viel mehr konstruktiv „streiten“, um deutlich zu machen, wie wir ringen, welche Sachverhalte uns wichtig sind, dass Gerechtigkeit auch die Suche nach Kompromissen bedeutet. Eine Partei ohne intensive Auseinandersetzung ist rund, glatt, langweilig. In öffentlicher Debatte können alle die Gründe für eine Position erfahren, verstehen am Ende Entscheidungen besser und können lernen, wie kompliziert manche Aufgaben sind. Das Ringen um eine menschliche Flüchtlingspolitik in Kombination mit der Zukunft unseres Arbeitsmarktes würde beispielsweise zeigen, dass wir unbedingt mehr Einwanderung brauchen und wie gefährlich es für Deutschland, für unsere Gesellschaft, ist, rechtsextremen Populisten hinterherzulaufen. Wir müssen unsere Themen selbst und selbstbewusst setzen.

Allerdings solle am Ende jeder noch so scharfen und interessanten Auseinandersetzung Geschlossenheit stehen – Kakophonie wird nicht gern gewählt.

Jedenfalls tragen unsere Entscheider und Entscheiderinnen wesentlich Verantwortung für das schlechteste Bundestagswahlergebnis seit Urzeiten. Das „Sozialdemokratische Jahrzehnt“ war schnell vorbei.

Was bedeutet, „Verantwortung“ zu übernehmen?

Es sollen nicht gleich alle, denen durch ihre Wahl Verantwortung übertragen wurde, zurücktreten, Erfahrungswissen ist wichtig und eine zweite oder dritte Chance haben jede und jeder verdient. Obwohl: auch der Rücktritt nach Totalversagen (wir denken an 16 Prozent) liegt in einem denkbaren Lösungsraum. Aber etwas Demut wäre nicht unangebracht. Die Psychologin Pelin Kesebir formuliert sehr treffend: „eine Bereitschaft, die Grenzen des eigenen Selbst, damit auch eigene Schwächen zu akzeptieren und sich der eigenen Kleinheit bewusst zu sein angesichts der gewaltigen Grösse der „Welt“.

Auf der schiefen Ebene abwärts ist mehr vom Gleichen ungünstig

An Wissen und Warnungen von außen, von Wissenschaft, auch von SPD-Arbeitsgemeinschaften ist kein Mangel. Aber weil jegliche Strategie fehlt, dümpeln Wissen und Warnung im Alltagsgeschäft wirkungslos umher. Das zeigt sich auch daran, dass Briefe mit ausführlichen Stellungnahmen und Vorschlägen nicht beantwortet werden – schon eine Unhöflichkeit für sich. Potenziert wird dies dadurch, dass andererseits ständig nach Beteiligung gerufen und ständig Beteiligungsmöglichkeit simuliert wird.

An einem Wahlabend, der uns ein solches Schockergebnis beschert, hätte es mehr gebraucht, als das formelhaft abgedroschene Eingeständnis „Wir haben Fehler gemacht.“ oder „Da gibt es nichts zu beschönigen.“ und „Wir werden seriös analysieren.“. Jedenfalls hat sich ein „Weiter-So“ absolut verboten. Weiter-So bereitet das nächste Desaster vor. Und was passiert? Keine Analyse – wie bisher. Kein Eingeständnis von Fehlern oder wenigstens ihre Benennung – wie bisher. Nachbetrachtung aufgeschoben – wie bisher. Geschwurbel und Gemeinplätze – wie bisher. Und wie bisher greifen die Entscheider zur Macht: 50 Prozent der Parteivorsitzenden ernennen sich wenige Stunden nach dem Desaster zusätzlich zum 100-prozentigen Fraktionsvorsitzenden – obwohl der bisherige Fraktionsvorsitzende sicher am wenigsten verantwortlich ist für das Bundestagswahlergebnis.

Von Verantwortung – abgesehen von Olaf Scholz, der sich in Demut auf seine Kanzlerpflichten konzentriert – und von Übernahme von Verantwortung keine Spur. Und was ist dort, wo keine Verantwortung ist? Verantwortungslosigkeit.

Hinterher ist man immer klüger? Nein: die AG SPD 60 plus hat schon im August 2024 unserem Präsidium und dem Parteivorstand geschrieben, was sich ändern muss, um eine Trendumkehr des Niedergangs unserer Partei zu ermöglichen. In 6 Briefen

- zur Sprache – die unkonkret ist, oft nichtssagend und unverständlich,
- zum Respekt – der sich allzu oft als Respektlosigkeit erweist, wie sich an der Rentenüberleitung, dem Inflationsausgleich, aber auch am Umgang der Regierung mit Fraktion und Parlament zeigte – jüngst auch auf dem Parteitag vor der Bundestagswahl, bei dem siegreich das Thema Frieden und die Anträge gegen Altersdiskriminierung unterdrückt wurden,
- zur Beteiligung (Partizipation) und Demokratie – Versprechen, die im Ernstfall gebrochen werden, wie sich beispielsweise an den Entscheidungen von Regierung und SPD-Präsidium zur US-Stationierung von Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk, von Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und von neu entwickelten Überschallwaffen, gezeigt hat.
- zur Menschlichkeit (Humanität), Rechtsextremismus, Israel und Palästina – wo sich die Widersprüche unserer Politik potenziert zeigen: Wir „bekämpfen“ Rechtsextremismus in Deutschland, verurteilen zu Recht die terroristische Hamas und ihre menschenverachtenden Gräueltaten, bekunden aber der israelischen Regierung mit ihren rechtsextremen Schlächtern Netanjahu, Gvier oder Smotrich unsere Staatsräson und liefern ihnen Waffen. Interessant ist außerdem, dass weder „kämpfen“ gegen Rechtsextremismus (nur in Deutschland?) noch Staatsräson (nur gegenüber Israel?) genauer erklärt werden.
- zum Risiko – rechtsextremer Logik und Sprache zu folgen, um als linke Volkspartei zu überleben. Am Beispiel, wie wir mit den Migranten-Abschiebewünschen von CDU/CSU bis rechtsextremen Gruppierungen und Parteien umgehen: „Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.“ zeigt sich, wie stark wir uns von unseren Idealen entfernt haben.
„Kein Recht“ – das Recht beruht auf Gesetz und die Gesetze beschließt der Bundestag. Schaffen wir Rechte und Pflichten für Migranten auf Sprachunterricht, auf Ausbildung, auf Arbeit, auf Traumabehandlung. Und kriminelle Migranten? Sie gehören wie kriminelle Deutsche von einem Gericht verurteilt und müssen gegebenenfalls Deutschland verlassen.
- zu unseren Motiven – dem Parteivorstand, nach der schon mit Stimmenverlusten und einem Ergebnis von 14 %, verlorenen Europawahl, zu schreiben. Wir waren in größter Sorge, dass die Bundestagswahlergebnisse so ausfallen, wie sie nun ausgefallen sind – wenn der Parteivorstand weiterhin in Selbstüberhöhung und Eigenlob, aber ohne Strategie in den nächsten Wahlkampf dümpeln würde. Wir hatten Sorge – keine Angst, weil Angst der schlechteste Ratgeber bei Entscheidungen ist. Und auf dem Parteitag vor der Bundestagswahl ist genau das passiert: Selbstüberhöhung und Angst vor offener Debatte waren dominant – bis man sich (übrigens zum zweiten Mal) in den Abbruch des Parteitags geflüchtet hat.

Offen über Fehler reden – und rechtzeitig korrigieren

Was ist darüber hinaus falsch gelaufen? Eine subjektive Auswahl.

- Der gefühlte Nasenring, an dem sich „die SPD“, als Regierung missverstanden, von der FDP durch die Manege führen ließ.
- Die endlosen zwei Wochen des, von den Medien gern begleiteten Gerangels um die Kanzlerkandidatur zwischen den Profis Boris und Olaf. In einem Kurzwahlkampf sind zwei Wochen endlos.
- Die einseitige Darstellung unserer Erfolge ohne die geringste Beachtung großer Gruppen, die sich ungerecht behandelt fühlen, die ungerecht behandelt wurden – Gefasel von „Wertschätzung“ degeneriert zur Verhöhnung.
- Der Rechtsdrall in der Migrationsfrage – rechten Positionen nachlaufen, statt eigene (soziale Sicherheit, Wohnen, Armutüberwindung, Ökologie, Frieden und Diplomatie, ...) konstruktiv zu setzen. Das hat der AfD geholfen.
- Die Vernachlässigung der Themen Klima, Umwelt. Das hat den Grünen geholfen.
- Die Vernachlässigung der Themen Soziale Gerechtigkeit und Frieden. Das hat der Linken geholfen.
- Die Orientierung auf Kriegstauglichkeit und Aufrüstung. Das hat dem BSW geholfen.
- Die Angst, eine Debatte über Frieden, Friedenspartei, Diplomatie könnte den Aufbau der Landes- und Bündnisverteidigung gefährden, hat ein eigenes Friedenskonzept und ein Konzept über eine Europäische Sicherheitsarchitektur verhindert, hat sogar das Nachdenken darüber verhindert.
Die bewusst geschürte Angst, Putin könnte die EU oder Deutschland demnächst angreifen, obwohl die EU Staaten militärisch dreimal stärker sind als Russland und es verrückt wäre, abzuwarten, bis Europa um etwa 800 Milliarden „kriegstüchtiger“ sein wird, als heute.
- Der steuerpolitische Dilettantismus: „die große Mehrheit der Steuerzahlenden (etwa 95 Prozent) entlasten und dafür die höchsten ein Prozent der Einkommen etwas stärker in die Verantwortung nehmen“. Wie das zu rechnen sei, solle „später im Programm ausgeführt werden“. Nein: sowas muss vor der öffentlichen Ankündigung gerechnet werden. Auch Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Reform der Schuldenregel blieben vage.
- An den Systemfragen – Erwerbstätigenversicherung, Bürgerversicherung, Pflegevollversicherung und Bildung – ging der Wahlkampf (fast) vorbei.

Sondierung und Koalitionsvertrag

Ein einziger Jubel. „Hart verhandelt, war schwer, CDU/CSU wollten ganz anderes, viel erreicht, Vertrauen zwischen CDU/CSU gewachsen“. Diese Zufriedenheit, auch weil die Anzahl von sieben Ministerien, die sozialdemokratisch geführt werden sollen, eine gute Zahl ist, überdeckt die schon in der Sondierung angelegten Konfliktfelder. Sie nicht zu

benennen, birgt großer Gefahren. Schon mit dem Zweifel am Mindestlohn von 15 Euro, wenige Stunden nach Vertragsabschluss, hat Merz, Kanzler in spe, alle erschrocken und vor den Kopf gestoßen. Von wegen „Vertrauen gewachsen“.

Und doch: Hätte die AG SPD 60 plus nur ihre Altergruppe im Blick – ihre Empfehlung wäre mit den Jusos: Koalitionsvertrag ablehnen! Der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus hat aber aus übergeordneten Gründen, aus Gründen, die noch wichtiger sind als fehlender Respekt gegenüber einer wichtigen Wählergruppe, Annahme empfohlen.

Es gäbe für die AG SPD 60 plus gute Gründe für eine Ablehnung. Neben einzelnen Punkten, die sozialdemokratisch gut verhandelt wurden und solchen, bei denen mit CDU/CSU nicht mehr zu machen war, gibt es einen Punkt, der erneut belegt, wie selbstverständlich über Altersdiskriminierung hinweggesehen wird, wie schwach Einfühlungsvermögen bei vielen entwickelt ist. Dass die vielfältigen Anträge der AG SPD 60 plus – von der Änderung des Grundgesetzes Art 3 (keine Diskriminierung), bis zur Bekämpfung von Altersarmut und dem Recht auf einen analogen Zugang zu allen (nicht nur) öffentlichen Dienstleistungen – nur selten ernsthaft reflektiert, geschweige denn in Programmen zu finden sind, dass selbst die SPD-interne Mittelvergabe unter extremer Schieflage (Ungerechtigkeit) leidet - haben wir mit der immer wiederkehrenden Hoffnung, es könnte sich doch noch jemand an Gerechtigkeit erinnern, widerwillig, aber nicht zu laut, hingenommen. Keine öffentliche Erklärung. Stets das Wohl unserer Partei im Sinn.

Mit dem Koalitionsvertrag allerdings zeigt sich, dass die damit betraute politische Elite Nähe und Empathie zu großen Teilen unserer Gesellschaft vollständig verloren hat und nicht versteht, was gleichberechtigte Teilhabe für die Sicherung der demokratischen Rechte aller, zur Sicherung der Demokratie, bedeutet. Auch digitale Ausgrenzung ist eine Gefahr für die Demokratie. Und der Koalitionsvertrag verspricht an verschiedenen Stellen Ausgrenzung.

Heribert Brantl am 13. April in der SZ beschreibt es sehr treffend:

Die digitalen Deutschen sind die privilegierten Deutschen; sie haben Zugang zum gesamten öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Sie haben, wie es so schön heißt, die volle „Teilhabe“. Die analogen Deutschen haben diesen Zugang und diese Teilhabe nicht. Das gesamte staatliche und öffentliche Leben, die gesamte Verwaltung, wird nämlich künftig auf Digitalität ausgerichtet. So steht es in den Randziffern 2138 ff des Koalitionsvertrages. Diese neue deutsche Teilung soll von einem Ministerium für „Digitalisierung und Staatsmodernisierung“ dirigiert werden. Wer unter dieser Teilung leidet, der wird, so heißt es im Koalitionsvertrag, „Hilfe vor Ort“ erhalten. Wie diese Hilfe aussieht, wird aber nicht weiter ausgeführt.

... und weiter:

Es wird da so getan, als gäbe es den Bürger nur als homo digitalis. Das Leitbild ist „eine nutzerorientierte Verwaltung ... rein digital“. Die Menschen könnten sich künftig, so sagt der Koalitionsvertrag, „auf einen digital souveränen und handlungsfähigen Staat verlassen.“

Das gewaltige Problem dabei ist freilich, dass viele Millionen Menschen mit dieser Zwangsdigitalisierung vom Staat verlassen werden. Die Hälfte der über 65-Jährigen nutzt kein Smartphone, bei den über 80-Jährigen haben zwei Drittel keinen Zugang zum Netz. Wer ihn nicht hat, dem ergeht es künftig noch schlechter als schon bisher: Die Demokratie wird nämlich, wie der Koalitionsvertrag selbstbewusst verkündet, komplett digitalisiert und verdatet. Zu diesem Zweck erhält jeder Bürger verpflichtend auch eine „digitale Identität“ – ob er sie will oder nicht.

Wie erwähnt: Im Koalitionsvertrag sind viele gute Punkte angesprochen. Wie aber lesen wir aus diesem Koalitionsvertrag eine Strategie gegen Rechtsextremismus und für Frieden, eine Strategie für Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und eine europäische Sicherheitsarchitektur? Dabei lässt sich eine Strategie nicht durch einzelne gute Punkte ersetzen.

Es fällt auf, dass sich das Verhältnis von sehr konkreten und sehr allgemeinen Forderungen stark zu einer Seite neigt. Auf der einen Seite: Senkung der MWSt für Gastwirte auf konkret 7%, Pendlerpauschale auf konkret 38 Cent/Km. Auf der anderen Seite: „Senkung der Einkommensteuern für kleine und mittlere Einkommen“ auf: Fragezeichen – und noch schlimmer, wie schon erwähnt: nach CDU-Chef Friedrich Merz wird sogar daraus nichts, wie auch aus einem Mindestlohn von scheinbar konkret 15 Euro im Koalitionsvertrag: „Für die weitere Entwicklung des Mindestlohns wird sich die Mindestlohnkommission im Rahmen einer Gesamtabwägung, sowohl an der Tarifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäftigten, orientieren.“

Viele wichtige Themen sind in zahllose Kommissionen ausgelagert – denken wir, dass in der Regierung unter einem Kanzler Merz mehr Soziale Gerechtigkeit, mehr Klimaschutz, mehr Friedensinitiativen, mehr Kultur- und Wissenschaftsförderung zu erreichen sein werden, als in Koalitionsverhandlungen in der all jene butterweich sind, die Kanzler oder Minister, Ministerin werden wollen?

Was der Kanzler in spe schon wenige Stunden nach Vertragsabschluss bewiesen hat: der Koalitionsvertrag mit seinen endlos vielen unbestimmten bzw. abstrakten Aussagen bietet viele Streitmöglichkeiten in der künftigen Regierung, weil alles bestritten werden kann.

Wir sind gespannt, welche Orientierung die Regierung einschlägt und unterstützen jede Arbeit in Richtung soziale Gerechtigkeit, Frieden in der Welt, wirtschaftliche Stabilität, sichere Arbeitsplätze und gleiche Lebensverhältnisse überall in Deutschland, ökologische Zukunftsgestaltung, Gleichberechtigung, Inklusion und kulturelle Vielfalt.

Und wir fordern eine Orientierung auf soziale Gerechtigkeit, Frieden in der Welt, wirtschaftliche Stabilität, sichere Arbeitsplätze und gleiche Lebensverhältnisse überall in Deutschland, ökologische Zukunftsgestaltung, Gleichberechtigung, Inklusion und kulturelle Vielfalt.